

Für eine radikale Aufarbeitung der Geschichte und eine konsequente Opposition oder warum wir Strömungen in der PDS politisch für notwendig halten

Die seit 1 1/2 Jahren propagierte Erneuerung befindet sich in einer Phase der Stagnation. Die Partei war in diesem Zeitraum kaum in der Lage, die auf sie zukommenden Probleme zu antizipieren. Finanzskandal, Umgang mit dem MfS-Erbe, Parteiarchiv und § 218 sind Ausdruck dafür. Trotz einer Ahnung im Vorfeld der Probleme startete die Partei wie das Kaninchen auf die Schlange, konnte nur noch reagieren, statt selbst die Initiative zu ergreifen. Dieser Umstand machte es den politischen Gegnern allzu leicht, die PDS zu diffamieren und in die Defensive zu drängen. Was aber schlimmer ist, die Partei isolierte sich gegenüber potentiellen Bündnispartnern.

Die UnterzeichnerInnen dieses Papiers ergreifen deshalb die Initiative zur Bildung eines Diskussionszusammenhangs von Mitgliedern der PDS, SympathisantInnen und mit der PDS kooperierenden unabhängigen Linken, mit dem Ziel, ihre politischen Positionen und Vorschläge in den Diskussions- und Entscheidungsprozeß der Gesamtpartei einzubringen und sich dort der politischen Auseinandersetzung zu stellen.

Dafür sehen wir folgende Argumente:

1. Gründliche Aufarbeitung der Vergangenheit und Wiedergewinnung der Politikfähigkeit in den politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart sind für uns untrennbar miteinander verbunden. Nur wenn der Anspruch, der bei der Gründung der PDS Pate stand, sich nicht aus der eigenen Geschichte davonzustellen, sondern diese Hypothek bewußt annehmen und aufarbeiten zu wollen, wirklich in die politische Praxis umgesetzt wird und nicht bloß verbales Bekenntnis ist, können wir Glaubwürdigkeit und Vertrauen gewinnen. Solange die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die PDS als alte SED im neuen Gewand sieht, können wir noch so gute Vorschläge zu den drängenden sozialen Problemen machen – sie werden sich nicht in politischer Mobilisierungsfähigkeit und Unterstützung der Partei bei Wahlen umsetzen lassen. Das oft zu hörende Argument, die PDS beschäftige sich zu sehr mit sich selbst und müsse sich stattdessen den sozialen Problemen zuwenden, halten wir für eine falsche Entgegensetzung, für den Bestandteil eines Verdrängungsmechanismus und für politischen Selbstbetrug.

Die gründliche Aufarbeitung der Vergangenheit der DDR, SED und des MfS und damit des Scheiterns des administrativ-bürokratischen Realsozialismus ist für uns die Voraussetzung für die Wiedergewinnung einer sozialistischen Perspektive. Dies verlangt, bewußt dazu zu stehen, daß die PDS aus der Staatspartei SED entstanden ist, und daß viele ihrer Mitglieder politische Verantwortung in der DDR getragen haben. Statt blindem Schulterschluß sollten wir diese Verantwortung annehmen und uns mit unserer Vergangenheit, unserem alten Partei-, Politik- und Sicherheitsverständnis in der ganzen Partei kritisch auseinandersetzen. Der grundlegend repressive und antiemanzipatorische Charakter des Realsozialismus darf dabei nicht relativiert und verdrängt werden.

2. Die gegenwärtige Situation in der PDS widerspiegelt die ganze Widersprüchlichkeit, wie sie sich zwangsläufig aus der Umwandlung der ehemaligen Staatspartei zur Opposition ergeben mußte. Einen konzentrierten Ausdruck findet diese auch in der fortbestehenden Staatsgläubigkeit, was nunmehr bedeutet zu glauben, mittels Mitgestaltung staatlicher Ordnungspolitik und Regulierung die gravierenden Widersprüche der kapitalistischen Produktion sozial und ökologisch erträglich machen zu können.

Für uns ist es dagegen die erste Aufgabe einer Oppositionspartei, über die sich abzeichnende Entwicklung, ihre Ursachen und Auswirkungen auf die BürgerInnen, aufzuklären. Die PDS kann ihre Oppositionsrolle nicht als „Regierung im Wartestand“ verstehen. Das hieße, den falschen Eindruck zu erwecken, die PDS könne ein Gesamtkonzept für eine Regierungspolitik vorschlagen, mit dem diese Entwicklung ökologisch und sozial gestaltet werden kann. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen wäre ein solches Gesamtkonzept aber bloß illusionär und würde sich schnell an der Wirklichkeit der ökonomischen und sozialen Krise blamieren, oder es geriete zum bloßen, gegen die Interessen weiter Teile der Bevölkerung gerichteten „Krisenmanagement“. Die notwendigen einschneidenden Veränderungen werden nur in dem Maße parlamentarisch durchgesetzt werden können, wie sich starker außerparlamentarischer Druck und Widerstand entfalten. Vorrangige Aufgabe der PDS und ihrer Parlamentsfraktionen muß es daher sein, außerparlamentarische Initiativen und Aktivitäten zu unterstützen und zu organisieren, daraus resultierende Forderungen in die parlamentarische Debatte einzubringen und exemplarische Alternativen zur Regierungspolitik zu entwickeln. Opposition heißt damit nicht, auf die Durchsetzung politischer Anliegen zu verzichten, sondern bedeutet die Ausübung politischen Drucks auf die Regierenden, um diese zu zwingen, Bevölkerungsinteressen zu berücksichtigen.

Aus dem beschriebenen Zustand der Partei und der Hoffnung, dem rapiden Prozeß der Resignation bei denjenigen, die für rückhaltlose Vergangenheitsaufarbeitung und radikales Oppositionsverständnis eintreten, etwas entgegenzusetzen zu können, leiten wir die Notwendigkeit ab, uns als Strömung in und außerhalb der PDS zu organisieren. Es ist der Versuch, die Kontroversen innerhalb der Partei aus den persönlichen Streitigkeiten herauszuheben und in solidarischer Weise politisch produktiv zu Entscheidungen beizutragen. Wir sind bereit, Mehrheitsentscheidungen, die unseren politischen Vorstellungen widersprechen, zu akzeptieren, nehmen uns aber das Recht, unsere Positionen, als Minderheitsvoten kenntlich gemacht, zu veröffentlichen.

Wir halten die Bildung einer solchen Strömung in der PDS für eine Voraussetzung zur Durchbrechung der innerparteilichen Blockade, für die Möglichkeit, Widersprüchen in dieser Partei eine produktive Bewegungsform zu geben.

Unterschriften:

Ursula Goldenbaum PDS, Berlin
Rainer Börner, PDS Präsidium des PV, Berlin
Irene Börner, PDS, Berlin
Thomas Klein, Vereinigte Linke, Berlin
Vera Vordenbäumen, Berlin
Harald Wolf, Linke Liste/PDS-Fraktion Berlin
Udo Wolf, Berlin
Judith Dellheim, PDS LV Berlin
Roswitha Steinbrenner, PDS LV Berlin
Matthias Schindler, PDS, Berlin
Detlef Schulze, Berlin
Thomas Nord, PDS, Berlin
Karin Dörre, Linke Liste/PDS-Fraktion Berlin
Gabi Helmchen, PDS LV Berlin
Uwe Ehrhold, PDS, AG Junge GenossInnen, Berlin
Holger Keller, PDS, AG Schwulen/Lesben, Berlin
Jan Bloch, PDS, AG Junge GenossInnen, Berlin
Patrice Poutrus PDS PV, Berlin
Klaus Haschker, PDS PV, NRW
Olaf Ziermann, PDS, Berlin
Carsten Wiegrefe, Berlin
Anette Heinig, PDS LV NRW
Thomas Kuczynski, PDS Parteirat, Berlin
Sonja Kemnitz, PDS Parteirat, Berlin
Albert Scharenberg, PDS, Berlin
Silke Rusner, PDS Parteirat
Gerd Wechselburg, PDS LV Bremen
Heinrich Eckhoff, PDS PV, Hamburg
Janine Millington-Herrmann, Baden-Württemberg
Katrín Framke, PDS, Berlin
Heike Held, PDS PV, NRW
Michail Nelken, PDS LV Berlin
Christine Ostrowski, PDS PV, Dresden
Helga Adler, PDS, Präsidium des PV, Berlin
Patrik Humke, PDS, Niedersachsen
Sylvia Paz, PDS, Niedersachsen
Thomas Bartel, PDS, Berlin